

Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern

Möstl / Schwabenbauer

2022

ISBN 978-3-406-74758-8
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Möstl/Schwabenbauer
Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Polizei- und Sicherheitsrecht Bayern

Kommentar

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Möstl

Professor an der Universität Bayreuth

beck-shop.de
Dr. Thomas Schwabenbauer
Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2022



Zitervorschlag:
BeckOK PolR Bayern/Bearbeiter PAG Art. 1 Rn. 1



www.beck.de

ISBN 978 3 406 74758 8

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Eberl & Koesel GmbH & Co. KG
Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen


neutral
chbeck.de/nachhaltig
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Josef Aulehner	apl. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Dr. Wolfgang Bär	Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Honorarprofessor an der Universität Jena
Dr. Julius Buckler	Akademischer Rat a. Z., Universität Bayreuth
Dr. Walter Buggisch	Leitender Polizeidirektor, Leiter des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei Ainring
Christine Dieterle	Richterin am Amtsgericht, Amtsgericht München
Dr. Kai Engelbrecht	Ministerialrat, Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, München
Katrin Fischl	Oberregierungsrätin, Fachbereichsleiterin Personal beim Staatsbetrieb Immobilien Freistaat Bayern, München
Alexander Gliwitzky	Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
Dr. Michael Goldhammer, LL.M. (Michigan)	o. Professor an der EBS Law School Wiesbaden
Christof Gregor	Oberregierungsrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration
Andrea Greifenstein	Oberregierungsrätin, Leiterin des Prüfungsamtes der Bayerischen Polizei, Bamberg
Dr. Benedikt Grünwald	Erster Bürgermeister des Marktes Bad Abbach (vormals Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München)
Dr. Alexander Heinold	Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht Ansbach
Korbinian Heinzeller	Vorsitzender Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht München
Dr. Thomas Holzner, Dipl. sc. pol. Univ.	Polizeidirektor, Leiter des Kriminalfachdezernats 6 (Zentrale Ermittlungen/Diebstahl/Ausländerkriminalität) beim Polizeipräsidium München; apl. Professor an der Universität Augsburg
Dominik Klauck	Rechtsanwalt, München
Dr. Josef Franz Lindner	o. Professor an der Universität Augsburg
Dr. Markus Löffelmann	Professor für nationales und internationales Sicherheitsrecht an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin; Richter am Oberlandesgericht München a. D.
Dr. Bettina Meermagen	Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München
Dr. Markus Möstl	o. Professor an der Universität Bayreuth
Dr. Michael W. Müller, M.A., LL.M. (Cambridge)	Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Dr. Mirjam Müller	Oberregierungsrätin, Landratsamt Nürnberger Land
Dr. Gerrit Müller-Eiselt	Rechtsanwalt, München
Dr. Laura Münkler	o. Professorin an der Universität Greifswald
Dr. Sabrina Pechtold	Oberregierungsrätin, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
Dr. Thomas Petri	Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, Honorarprofessor an der Hochschule München
Philipp Rosch, LL.M.	Oberregierungsrat, Informationssicherheitsbeauftragter, Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Bearbeiterverzeichnis

Josef Schmid	Kriminaldirektor beim Bayerischen Landeskriminalamt München
Dr. Meinhard Schröder	o. Professor an der Universität Passau
Dr. Thomas Schwabenbauer ...	Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht, München
Dr. Kyrill-Alexander Schwarz .	o. Professor an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Reinhard Senftl	Vizepräsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs, München
Frank Unkroth	Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München
Dr. Johannes Unterreitmeier ...	Ministerialrat, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort

Das Recht der polizeilichen und sicherheitsbehördlichen Gefahrenabwehr ist das Herzstück des klassischen rechtsstaatlichen Verwaltungsrechts. Zugleich ist es infolge sich verändernder Bedrohungen und ausgereifterer Aufklärungs- und Ausforschungsmöglichkeiten sowie stark gewachsener verfassungsgerichtlicher, aber auch unionsrechtlicher Einflüsse ein beständig im Wandel begriffenes Rechtsgebiet. In der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands ist dieses Rechtsgebiet in seinen Schwerpunkten traditionell Ländersache; aus ihrer originären Zuständigkeit für das Recht der Sicherheitsgewährleistung, dieser ältesten und grundlegendsten aller Staatsaufgaben, schöpfen die Länder einen wesentlichen Teil ihrer fortbestehenden Staatlichkeit.

Die landesrechtliche Prägung des Polizei- und Sicherheitsrechts stellt für seine wissenschaftliche Durchdringung und literarische Bearbeitung eine Herausforderung dar: Landesübergreifende Werke können oft nicht genügend Rücksicht auf länderspezifische Besonderheiten nehmen; für jedes einzelne Land eine qualitativ hochwertige gesonderte Darstellung vorzulegen, ist hingegen schwierig.

Die seit einigen Jahren eingeführten und nun auch erstmals in gedruckter Form erschienenen Beck'schen Online-Kommentare zum Polizei- und Sicherheitsrecht in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nehmen diese Herausforderung an. Zur Mitarbeit konnten die Herausgeber jeweils Autoren aus der Wissenschaft und der Praxis des betreffenden Landes gewinnen. Diese fünf Einzelkommentare werden – sowohl in der Online- als auch in der Printfassung – durch eine gemeinsame Konzeption sowie durch einen den Kommentierungen vorangestellten dreigliedrigen Einleitungsteil mit systematischen und begrifflichen Vorbemerkungen verklammert, in dem übergreifende dogmatische Strukturen des Rechtsgebiets vorgestellt werden. Der Einleitungsteil umfasst Bemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland, zu den Entwicklungen und Strukturen des einschlägigen Landesrechts sowie zur Richtlinie (EU) 2016/680 (sog. JI-Richtlinie).

Die Kommentierung für Bayern umfasst zunächst das Polizeiaufgabengesetz (PAG), das Polizeiorganisationsgesetz (POG) und das Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG) als klassische Gesetze. Seit kurzem wird das Werk durch die Kommentierung von zwei weiteren Gesetzen mit starkem polizei- und sicherheitsrechtlichem Bezug vervollständigt: dem Bayerischen Versammlungsgesetz und dem Bayerischen Verfassungsschutzgesetz.

Herausgeber und Autoren hoffen mit diesem umfangreichen Kommentar die praktische wie wissenschaftliche Befassung mit dem bayerischen Polizei- und Sicherheitsrecht voranzubringen. Behörden, Gerichte, Anwaltschaft und Wissenschaft, gleichermaßen aber auch Rechtsreferendare und Studierende sollen kompetent erläuterten Zugang zu allen maßgeblichen Rechtsfragen finden.

Bayreuth und München im Dezember 2021

Markus Möstl
Thomas Schwabenbauer

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	V
Vorwort	VII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XVII

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen

Systematische und begriffliche Vorbemerkungen zum Polizeirecht in Deutschland	1
Entwicklung und Strukturen des Polizei- und Sicherheitsrechts in Bayern	57
Einführung in die Datenschutz-Richtlinie (EU) 2016/680 (JI-RL)	83

Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG)

I. Abschnitt. Allgemeine Vorschriften

Art. 1 Begriff der Polizei	101
Art. 2 Aufgaben der Polizei	107
Art. 3 Verhältnis zu anderen Behörden	121
Art. 4 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	125
Art. 5 Ermessen, Wahl der Mittel	159
Art. 6 Ausweispflicht des Polizeibeamten	178
Art. 7 Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen	180
Art. 8 Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen	196
Art. 9 Unmittelbare Ausführung einer Maßnahme	206
Art. 10 Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen	220

II. Abschnitt. Befugnisse der Polizei

Art. 11 Allgemeine Befugnisse	230
Art. 11a Allgemeine Befugnisse bei drohender Gefahr	261
Art. 12 Auskunftspflicht	270
Art. 13 Identitätsfeststellung und Prüfung von Berechtigungsscheinen	273
Art. 14 Erkennungsdienstliche Maßnahmen	287
Art. 15 Vorladung	297
Art. 16 Platzverweis, Kontaktverbot, Aufenthalts- und Meldeanordnung	303
Art. 17 Gewahrsam	316
Art. 18 Richterliche Entscheidung	334
Art. 19 Behandlung festgehaltener Personen	336
Art. 20 Dauer der Freiheitsentziehung	341
Art. 21 Durchsuchung von Personen	344
Art. 22 Durchsuchung von Sachen	350
Art. 23 Betreten und Durchsuchen von Wohnungen	355
Art. 24 Verfahren bei der Durchsuchung von Wohnungen	385
Art. 25 Sicherstellung	399
Art. 26 Verwahrung sichergestellter Sachen	419
Art. 27 Verwertung und Vernichtung sichergestellter Sachen	424
Art. 28 Beendigung der Sicherstellung, Kosten	430
Art. 29 (aufgehoben)	436

III. Abschnitt. Datenverarbeitung

1. Unterabschnitt. Datenerhebung

Art. 30 Allgemeine Grundsätze	437
Art. 31 Grundsätze der Datenerhebung	444

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 32 Datenerhebung	452
Art. 32a Molekulargenetische Untersuchung bei Spurenmaterial unbekannter Herkunft	457
2. Unterabschnitt. Besondere Befugnisse und Maßnahmen der Datenerhebung	
Art. 33 Offene Bild- und Tonaufnahmen	459
Art. 34 Elektronische Aufenthaltsüberwachung	482
Art. 35 Postsicherstellung	502
Art. 36 Besondere Mittel der Datenerhebung	524
Art. 37 Einsatz Verdeckter Ermittler	541
Art. 38 Einsatz von Vertrauenspersonen	549
Art. 39 Automatisierte Kennzeichenerkennungssysteme	557
Art. 40 Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung	572
Art. 41 Einsatz technischer Mittel in Wohnungen	577
Art. 42 Eingriffe in den Telekommunikationsbereich	608
Art. 43 Mitwirkungspflichten der Diensteanbieter	650
Art. 44 Besondere Verfahrensregelungen für Maßnahmen nach den Art. 42 und 43	675
Art. 45 Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	680
Art. 46 Rasterfahndung	688
Art. 47 Einsatz von unbemannten Luftfahrtsystemen	692
Art. 47a Überwindung besonderer Sicherungen	701
Art. 48 Weiterverarbeitung von Daten, Datenübermittlung, Kennzeichnung und Sicherung	707
Art. 49 Schutz von Berufsgeheimnisträgern und des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	710
Art. 50 Benachrichtigungspflichten	725
Art. 51 Protokollierung, Kontrolle durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz	735
Art. 52 Parlamentarische Kontrolle, Unterrichtung der Öffentlichkeit	740
3. Unterabschnitt. Datenspeicherung, -übermittlung und sonstige Datenverarbeitung	
Art. 53 Allgemeine Regeln der Datenspeicherung und sonstigen Datenverarbeitung	745
Art. 54 Speicherung, Veränderung und Nutzung von Daten	752
Art. 55 Allgemeine Regelungen der Datenübermittlung	760
Art. 56 Übermittlung an öffentliche Stellen im Inland	765
Art. 57 Übermittlung an öffentliche Stellen der Mitgliedstaaten und an Organisationen der Europäischen Union	769
Art. 58 Übermittlung an öffentliche Stellen in Drittstaaten und an internationale Organisationen	772
Art. 59 Übermittlung an nichtöffentliche Stellen	778
Art. 60 Datenempfang durch die Polizei	782
Art. 60a Zuverlässigkeitüberprüfung	785
Art. 61 Datenabgleich innerhalb der Polizei	790
Art. 62 Berichtigung, Löschung und Verarbeitungseinschränkung von Daten	794
Art. 63 Automatisiertes Abrufverfahren	800
Art. 64 Errichtungsanordnung für Dateien, Datenschutz-Folgenabschätzung	802
Art. 65 Auskunftsrecht	807
4. Unterabschnitt. Anwendung des Bayerischen Datenschutzgesetzes	
Art. 66 Anwendung des Bayerischen Datenschutzgesetzes	810
IV. Abschnitt. Vollzugshilfe	
Art. 67 Vollzugshilfe	813

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 68 Verfahren	822
Art. 69 Vollzugshilfe bei Freiheitsentziehung	825
V. Abschnitt. Zwang	
1. Unterabschnitt. Erzwingung von Handlungen, Duldungen und Unterlassungen	
Art. 70 Zulässigkeit des Verwaltungzwangs	831
Art. 71 Zwangsmittel	835
Art. 72 Ersatzvornahme	837
Art. 73 Zwangsgeld	841
Art. 74 Ersatzzwangshaft	842
Art. 75 Unmittelbarer Zwang	844
Art. 76 Androhung der Zwangsmittel	848
2. Unterabschnitt. Anwendung unmittelbaren Zwangs	
Art. 77 Rechtliche Grundlagen	852
Art. 78 Begriffsbestimmung	856
Art. 79 Handeln auf Anordnung	863
Art. 80 Hilfeleistung für Verletzte	867
Art. 81 Androhung unmittelbaren Zwangs	869
Art. 82 Fesselung von Personen	873
Art. 83 Allgemeine Vorschriften für den Schußwaffengebrauch	876
Art. 84 Schußwaffengebrauch gegen Personen	881
Art. 85 Schußwaffengebrauch gegen Personen in einer Menschenmenge	887
Art. 86 Besondere Waffen, Sprengmittel	890
VI. Abschnitt. Entschädigungs-, Erstattungs- und Ersatzansprüche	
Art. 87 Entschädigungsanspruch	895
Art. 88 Erstattungsanspruch	917
Art. 89 Ersatzanspruch	923
Art. 90 Rechtsweg	927
VII. Abschnitt. Opferschutz	
Art. 91 Opferschutzmaßnahmen	932
Art. 92 Verwendung personenbezogener Daten bei Opferschutz	938
VIII. Abschnitt. Kostenwesen	
Art. 93 Verhältnis zum Kostengesetz, Verordnungsermächtigung	943
IX. Abschnitt. Richtervorbehalte; gerichtliches Verfahren	
Art. 94 Richtervorbehalte	963
Art. 95 Gefahr im Verzug	981
Art. 96 Verfahren für gerichtliche Entscheidungen; Wegfall der Anordnungsvoraussetzungen	988
Art. 97 Richterliche Entscheidung bei Freiheitsentziehung; anwaltlicher Vertreter	995
Art. 98 Zuständigkeit für gerichtliche Entscheidungen	1004
Art. 99 Beschwerde, Rechtsbeschwerde	1006
X. Abschnitt. Schlussbestimmungen	
Art. 100 Einschränkung von Grundrechten	1012
Art. 101 Übergangsbestimmungen	1017
Art. 102 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	1018
Gesetz über die Organisation der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiorganisationsgesetz – POG)	
Art. 1 Begriff, Träger und Gliederung der Polizei	1023

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 2 Dienstkräfte der Polizei	1025
Art. 3 Zuständigkeit, Dienstbereiche	1030
Art. 4 Landespolizei, Verordnungsermächtigung	1035
Art. 5 Grenzpolizei; Verordnungsermächtigung	1040
Art. 6 Bereitschaftspolizei, Verordnungsermächtigung	1043
Art. 7 Landeskriminalamt	1050
Art. 8 Polizeiverwaltungsamt	1068
Art. 9 Zusammenarbeit	1069
Art. 10 Besondere Zuständigkeiten, Verordnungsermächtigung	1079
Art. 11 Dienstkräfte anderer Länder sowie des Bundes oder anderer Staaten	1084
Art. 12 Rechtsbehelfe	1094
Art. 13 Zentrale Datenprüfstelle	1103
Art. 14 Verfahren der Zentralen Datenprüfstelle	1106
Art. 15 Inkrafttreten	1108

Gesetz über das Landesstrafrecht und das Verordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Verordnungsgesetz – LStVG)

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften über Straftaten und Ordnungswidrigkeiten

Art. 1 Einteilung der Tatbestände	1109
Art. 2 Straftaten	1117
Art. 3 Ordnungswidrigkeiten	1121
Art. 4 Zuwiderhandlungen gegen Rechtsvorschriften oder Anordnungen für den Einzelfall	1126
Art. 5 Vollstreckung des Bußgeldbescheids	1136

Zweiter Teil. Aufgaben und Befugnisse der Sicherheitsbehörden; Entschädigung

Art. 6 Aufgaben der Sicherheitsbehörden	1144
Art. 7 Befugnisse der Sicherheitsbehörden	1152
Art. 8 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1182
Art. 9 Richtung der Maßnahmen	1200
Art. 10 Sicherheitsbehörden und Polizei	1210
Art. 11 Entschädigung	1214

Dritter Teil. Einzelne Ermächtigungen und Ordnungswidrigkeiten

1. Abschnitt. Schutz der Gesundheit und Reinlichkeit

Art. 12 bis 15 (aufgehoben)	1224
Art. 16 Bekämpfung verwilderter Tauben	1224
Art. 17 (aufgehoben)	1229
Art. 18 Halten von Hunden	1229

2. Abschnitt. Vergnügungen

Art. 19 Veranstaltung von Vergnügungen	1271
--	------

3. Abschnitt. Weitere Vorschriften zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Art. 20 Staatliche Parkanlagen	1299
Art. 21 Unerlaubter Verkehr mit Verwahrten	1305
Art. 22 Notzeichen	1311
Art. 23 Menschenansammlungen	1316
Art. 23a Uniform- und politisches Kennzeichenverbot	1324
Art. 23b Verbot der Gesichtsverhüllung	1330
Art. 24 Ski- und Skibobfahren, Rodeln	1336
Art. 25 Zelten, Aufstellen von Wohnwagen	1354

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Art. 26	Betreten und Befahren von Grundstücken	1358
Art. 27	Baden; Betreten und Befahren von Eisflächen	1361
Art. 28	Öffentliche Anschläge	1365
Art. 29	Fliegende Verkaufsanlagen	1381
Art. 30	Verzehr alkoholischer Getränke auf öffentlichen Flächen	1385
Art. 31	Gifte, Giftwaren, Arzneien	1401
Art. 32	Hochgiftige Stoffe	1403
Art. 33	Überwachung	1406
Art. 34 bis 36 <i>(aufgehoben)</i>	1411
Art. 37	Halten gefährlicher Tiere	1411
Art. 37a	Zucht und Ausbildung von Kampfhunden	1445
Art. 38	Verhütung von Bränden	1450

4. Abschnitt. Schutz von Feld und Flur

Art. 39	Feld und Flur	1466
Art. 40	Weidefreiheit	1469
Art. 41	Feldgefährdung	1469

Vierter Teil. Verfahren beim Erlaß von Verordnungen

Art. 42	Verordnungen der Gemeinden, Landkreise und Bezirke	1472
Art. 43	Vollzug der Verordnungen	1478
Art. 44	Zuständigkeit verschiedener Behörden oder Stellen	1481
Art. 45	Rechtmäßigkeit und Angabe der Rechtsgrundlage	1485
Art. 46	Pflicht zum Erlaß von Verordnungen	1488
Art. 47 <i>(aufgehoben)</i>	1492
Art. 48	Änderung und Aufhebung von Verordnungen	1493
Art. 49	Allgemeine Aufsichtspflicht	1496
Art. 50	Geltungsdauer	1500
Art. 51	Amtliche Bekanntmachung	1504
Art. 52	Hinweis auf die Bekanntmachung	1515
Art. 53	Mitteilungen	1516

Fünfter Teil. Übergangs- und Schlußvorschriften

Art. 54 <i>(aufgehoben)</i>	1518
Art. 55	Verordnungsermächtigungen für besondere Zuständigkeiten	1518
Art. 56	Zuständigkeit für gemeindefreie Gebiete	1519
Art. 57 <i>(aufgehoben)</i>	1521
Art. 58	Einschränkung von Grundrechten	1521
Art. 59	Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 112 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten	1522
Art. 60	Fortbestand alten Verordnungsrechts	1523
Art. 61	Einstweilige Vorschriften über die Stilllegung und Beseitigung von Anlagen und Geräten	1525
Art. 62	Inkrafttreten	1530

Bayerisches Versammlungsgesetz (BayVersG)

Erster Teil. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1	Grundsatz	1531
Art. 2	Begriffsbestimmungen, Anwendungsbereich	1549
Art. 3	Versammlungsleitung	1557
Art. 4	Leitungsrechte und -pflichten	1567
Art. 5	Pflichten der teilnehmenden Personen	1581
Art. 6	Waffenverbot	1588
Art. 7	Uniformierungs- und Militanzverbot	1596
Art. 8	Störungsverbot, Aufrufverbot	1604

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Art. 9 Bild- und Tonaufnahmen oder -aufzeichnungen	1612
Zweiter Teil. Versammlungen in geschlossenen Räumen	
Art. 10 Veranstalterrechte und -pflichten	1623
Art. 11 Ausschluss von Störern, Hausrecht	1630
Art. 12 Beschränkungen, Verbote, Auflösung	1634
Dritter Teil. Versammlungen unter freiem Himmel	
Art. 13 Anzeige- und Mitteilungspflicht	1663
Art. 14 Zusammenarbeit	1675
Art. 15 Beschränkungen, Verbote, Auflösung	1683
Art. 16 Schutzwaffen- und Vermummungsverbot	1726
Vierter Teil. Befriedeter Bezirk	
Art. 17 Befriedeter Bezirk	1738
Art. 18 Schutz des Landtags	1745
Art. 19 Zulassung von Versammlungen	1746
Fünfter Teil. Straf- und Bußgeldvorschriften	
Art. 20 Strafvorschriften	1754
Art. 21 Bußgeldvorschriften	1759
Art. 22 Einziehung	1764
Sechster Teil. Schlussbestimmungen	
Art. 23 Einschränkung von Grundrechten	1767
Art. 24 Zuständigkeiten	1769
Art. 25 Keine aufschiebende Wirkung der Klage	1772
Art. 26 Kosten	1775
Art. 27 (aufgehoben)	1776
Art. 28 Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsregelung	1777
Bayerisches Verfassungsschutzgesetz (BayVSG)	
Systematische Vorbemerkungen zum BayVSG	1780
Teil 1. Organisation und Aufgaben	
Art. 1 Organisation	1796
Art. 2 Zusammenarbeit	1802
Art. 3 Aufgaben	1809
Art. 4 Begriffsbestimmungen	1817
Teil 2. Befugnisse	
Kapitel 1. Allgemeine Bestimmungen	
Art. 5 Allgemeine Befugnisse	1822
Art. 6 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	1831
Art. 7 Nachvollziehbarkeit	1837
Kapitel 2. Nachrichtendienstliche Mittel	
Art. 8 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel	1842
Art. 8a Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und der Berufsgeheimnisträger	1850
Art. 8b Zweckbindung	1855
Art. 9 Verdeckter Einsatz technischer Mittel zur Wohnraumüberwachung	1869
Art. 10 Verdeckter Zugriff auf informationstechnische Systeme	1874
Art. 11 Verfahren bei Maßnahmen nach den Art. 9 und 10	1880

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Art. 12	Ortung von Mobilfunkendgeräten	1885
Art. 13	Überwachung der Telekommunikation	1911
Art. 14	Auskunftsersuchen zu Telekommunikation und Telemedien	1935
Art. 15	Auskunftsersuchen im Schutzbereich des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses	1947
Art. 16	Weitere Auskunftsersuchen	1963
Art. 17	Verfahren bei Maßnahmen nach den Art. 14 bis 16	1973
Art. 18	Verdeckte Mitarbeiter	1979
Art. 19	Vertrauensleute	1997
Art. 19a	Observationen	2003
Art. 20	Parlamentarische Kontrolle	2012

Kapitel 3. Datenverarbeitung

Art. 21	Lösung, Verarbeitungseinschränkung und Berichtigung	2033
Art. 22	Errichtungsanordnung	2042
Art. 23	Auskunft	2044

Kapitel 4. Übermittlungsvorschriften

Art. 24	Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen	2055
Art. 25	Informationsübermittlung durch das Landesamt	2064
Art. 26	Verfassungsschutz durch Aufklärung der Öffentlichkeit	2092
Art. 27	Übermittlungsverbote	2104

Teil 3. Schlussvorschriften

Art. 28	Anwendbarkeit des allgemeinen Datenschutzrechts	2114
Art. 29	Einschränkung von Grundrechten	2116
Art. 29a	(aufgehoben)	2119
Art. 30	Inkrafttreten	2122

Sachverzeichnis	2123
------------------------------	-------------